

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Jörg Tauss, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Ute Berg, Gerd Friedrich Bollmann, Willi Brase, Ulla Burchardt, Sebastian Edathy, Martina Eickhoff, Dagmar Freitag, Dieter Grasedieck, Klaus Hagemann, Monika Heubaum, Christel Humme, Nicolette Kressl, Horst Kubatschka, Ute Kumpf, Lothar Mark, Gesine Mulhaupt, Dietmar Nietan, Dr. Carola Reimann, René Röspel, Bernd Scheelen, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Landau), Carsten Schneider, Swen Schulz (Spandau), Dr. Angelica Schwall-Düren, Lydia Westrich, Andrea Wicklein, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Grietje Bettin, Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Ekin Deligöz, Dr. Thea Dückert, Hans-Josef Fell, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Jutta Krüger-Jacob, Monika Lazar, Anna Lührmann, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Albert Schmidt (Ingolstadt), Ursula Sowa, Rainer Steenblock, Marianne Tritz, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Cornelia Pieper, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Impulse für eine internationale Ausrichtung des Schulwesens – Den Bildungsstandort Deutschland auch im Schulbereich stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine wachsende europäische und internationale Ausrichtung des Bildungssystems ist eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an Bildungspolitik. Die Grundlagen für späteres Leben, Lernen und Arbeiten werden in den allge-

meinbildenden Schulen gelegt. Der Prozess der europäischen und internationalen Ausrichtung des Bildungssystems muss deshalb auch hier ansetzen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt vor diesem Hintergrund das Arbeitsprogramm der EU-Bildungsminister zu gemeinsamen Bildungszielen bis 2010, das die Öffnung der allgemeinen Bildung gegenüber der Welt als übergeordnete Zielsetzung formuliert und die Förderung des Fremdsprachenerwerbs sowie die Intensivierung von Mobilität und Austausch als strategische Ziele der europäischen Bildungskooperation vorgibt.

Die verstärkte europäische und internationale Ausrichtung des Bildungsstandorts Deutschland gerade auch im Schulwesen hat wichtige direkte und indirekte ökonomische Folgewirkungen. Ausländischen Schülerinnen und Schülern einen Schulbesuch in Deutschland zu ermöglichen, ist eine Zukunftsinvestition in globale Märkte, denn die ausländischen Schüler von heute sind die potentiellen internationalen Kontaktpartner von morgen. Der heute vor allem für die Hochschulpolitik prägende Wettbewerb um die besten Köpfe fängt teilweise schon im Schulalter an. Darüber hinaus bieten sich angesichts der Tatsache, dass etwa ein Viertel der vorhandenen Internatsplätze in Deutschland unbesetzt sind, insbesondere für die privat geführten Internate mit dem Ziel der Hochschulreife bzw. Studienqualifizierung in Deutschland kurzfristig beachtliche ökonomische Chancen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die deutlich erkennbaren Bemühungen von Bund, Ländern und freien Bildungsträgern um eine zunehmende Europäisierung und Internationalisierung der Bildungseinrichtungen. Über erfolgreiche Initiativen im Bereich der Hochschulen und der beruflichen Bildung hinaus sieht der Deutsche Bundestag die Notwendigkeit, auch den Schulbereich verstärkt in den Blick zu nehmen und in enger Abstimmung mit den Ländern Impulse für eine weitere Europäisierung und Internationalisierung des Bildungswesens zu geben. Er bittet daher die Länder, ihre Bemühungen um eine verstärkte europäische und internationale Ausrichtung weiter zu intensivieren. Hierzu gehört die Ausweitung des Angebotes an Schulen mit europäischer Ausrichtung, ein möglichst frühzeitiges Angebot für Fremdsprachenunterricht und eine Intensivierung der Förderung des internationalen Schüleraustauschs.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bei der Formulierung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften im Hinblick auf § 16 Abs. 5 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes, der eine Aufenthaltserlaubnis für den Schulbesuch in Ausnahmefällen zulässt, zu Regelungen zu kommen, die im Interesse einer zunehmenden internationalen Öffnung des Schulsystems liegen. Ziel muss es sein, bei Vorliegen der allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen (wie z. B. Lebensunterhaltssicherung, gesicherte Rückkehrbereitschaft nach Abschluss der Schulausbildung), Ausnahmen zum Zwecke der Erlangung des Hochschulzugangs oder zu Erlangung einer Berufsausbildung zu ermöglichen, wenn
 - es sich bei der Schule um eine staatliche oder staatlich anerkannte Schule mit internationaler Ausrichtung oder
 - es sich um eine Schule handelt, die ganz oder überwiegend nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, die Schüler auf internationale Abschlüsse, Abschlüsse anderer Staaten oder staatlich anerkannte Abschlüsse vorbereitet und die insbesondere bei Internatsschulen eine Zusammensetzung mit Schülern verschiedener Staatsangehörigkeit gewährleistet und
 - eine Eigenfinanzierung der Ausbildungskosten sichergestellt ist und

- es sich um Staatsangehörige von Staaten handelt, mit denen keine Rückführungsschwierigkeiten bestehen;
 - zu prüfen, ob Marketingaktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung und der Hochschulen in Kooperation mit den Ländern auch auf den Bereich der allgemeinbildenden Schulen ausgedehnt werden können;
 - statistische Erhebungen auf Ebene des Bundes und der Länder zur Europäisierung und Internationalisierung des Schulwesens zu vervollkommen. Das betrifft die Erhebung von Daten über Mobilität und Austausch sowohl von Deutschland ins Ausland als auch vom Ausland nach Deutschland (Austauschmaßnahmen, Auslandsjahre) sowie die Erhebung von Daten über die Fremdsprachenkompetenz deutscher Schülerinnen und Schüler;
 - im Zusammenhang den laufenden Beratungen über die nächste Generation der EU-Bildungsprogramme ab 2007 sich dafür einzusetzen, dass ein Schwerpunkt der Förderung auf die Förderung der Mobilität und des Fremdspracherwerbs im schulischen Bereich gelegt wird;
 - das als Instrument der Europäisierung des Schulwesens bewährte System der bilingualen deutsch-französischen Partnerschulen auch auf andere, besonders mittel- und osteuropäische Partnerstaaten auszuweiten.

Berlin, den 26. Januar 2005

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

